

1  
Das deutsche Bildungssystem  
Probleme und Problemlösungen aus ökonomischer Sicht

Prof. Karl-Heinz Dignas: Das deutsche Bildungssystem – Probleme und Problemlösungen aus ökonomischer Sicht

Vortrag auf dem Prüfer – und Dozentenabend der IHK  
Am 7. April 2000 in Aurich, Stadthalle

---

Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Da ich, wie Sie der Einladung entnehmen können, einen Kurzvortrag halten werde, muß ich ohne lange Vorreden in mein Thema einsteigen. Dieses Thema heißt: „Das deutsche Bildungssystem – Probleme und Problemlösungen aus ökonomischer Sicht“.

Dort möchte ich Ihre Aufmerksamkeit zunächst einmal auf die letzten Wörter, nämlich auf die Wörter „aus ökonomischer Sicht“ lenken.

Damit will ich deutlich machen, dass sich neben den Pädagogen u.a. Psychologen, Philosophen, Soziologen, Mediziner, Kriminologen, Juristen und auch wir Ökonomen mit dem Bildungssystem beschäftigen.

Ich werde in der nächsten halben Stunde durch die Brille eines Ökonomen das Bildungssystem betrachten und dabei folgendermassen vorgehen:

- ❖ Erstens werde ich diese ökonomische Sicht kurz beschreiben.
- ❖ Zweitens auf einige Kritikpunkte von Nichtökonomen an dieser Sichtweise eingehen und
- ❖ Drittens schliesslich die drei grossen Bereiche des Bildungssystems – die Schulen, die Hochschulen, die berufliche Bildung – analysieren.

Dabei kann ich in der kurzen Zeit natürlich nur einige Schlaglichter setzen und muss ganz auf die Betrachtung von Details verzichten. Deswegen ist auch eine Betrachtung solch aktueller Themen wie z.B. der Green-Card-Diskussion leider nicht möglich.

## **Die ökonomische Sichtweise**

Im Mittelpunkt der ökonomischen Betrachtung steht der einzelne Mensch, das Individuum.

Dieser einzelne Mensch hat Bedürfnisse, Wünsche, Ziele, Präferenzen und Interessen. Es sind aber seine eigenen Interessen.

Der schottische Moralphilosoph und Ökonom Adam Smith, der Vater der modernen Ökonomik, hat dies schon vor mehr als 200 Jahren folgendermassen zum Ausdruck gebracht: „Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil.“

Diese individuellen Ziele und Wünsche richten sich auf bestimmte Dinge und Objekte mit bestimmten Eigenschaften und Merkmalen. Werden diese Dinge von den Individuen positiv bewertet, dann sprechen wir von Gütern, andernfalls von Ungütern, von Übeln oder von unerwünschten Gütern.

Solche Güter bzw. Übel sind nicht nur materieller Natur wie Autos, Fahrräder, Wohnungen, Textilien oder Nahrungsmittel sondern auch Güter wie Gesundheit, saubere Umwelt, Frieden und selbstverständlich auch Bildung und Ausbildung.

Die Menschen handeln, um die Güter zu bekommen, die sie haben wollen und um die Ungüter zu vermeiden, die sie nicht haben wollen. Sie sehen sich dabei Handlungsbeschränkungen, Restriktionen gegenüber. Wir Ökonomen sprechen hier auch von knappen Ressourcen oder ganz allgemein von der Knappheit der Mittel.

Wegen der Knappheit der Mittel muss der Mensch sich entscheiden, er muss die Ziele in eine Rangfolge bringen, er muss wählen.

Der Mensch wählt, wenn er die Wahlfreiheit hat, aus den Möglichkeiten, die ihm aus seiner Sicht, vor dem Hintergrund seiner Ziele offenstehen, diejenige aus, die ihm den grössten Nutzen bringt.

Man braucht nicht viel Phantasie dazu, um sich vorzustellen, dass die Wahl der verschiedenen Individuen wegen ihrer unterschiedlichen Wünsche und Fähigkeiten recht unterschiedlich ausfallen muß.

Auf unser Thema bezogen: Aufgrund der unterschiedlichen Bildungswilligkeit und Bildungsfähigkeit der Menschen muss man sich auf ein recht unterschiedliches Bildungsverhalten einstellen.

Ein solches „nutzenmaximierendes“ Verhalten nennen wir rational. Das Individuum muss dabei auf den Nutzen der nächstbesten Alternative verzichten. Das sind seine Kosten. Wir nennen diese Kosten deswegen auch Opportunitätskosten oder Alternativkosten.

Noch kürzer formuliert: Nichts gibt es umsonst.

## **Kritik an der ökonomischen Sichtweise**

Die Welt ist also aus ökonomischer Sicht eine Welt der Knappheit, bevölkert von Individuen, die eigeninteressiert und rational handeln.

Da aber das Bildungssystem ein Teil dieser Welt ist, handeln die Menschen auch hier nach diesem Muster.

Ich sehe es als ein grosses Problem an, dass die meisten Pädagogen, Bildungsphilosophen und -ideologen, aber auch sehr viele Bildungspolitiker diese ökonomische Sicht total ablehnen.

Kritik wird schon laut allein deswegen, weil Ökonomen vom „Gut“ Bildung sprechen. „Bildung ist kein Gut wie jedes andere“ wird dem entgegengehalten. Darauf habe ich schon am Anfang eine Antwort gegeben: Wenn man durch den Verbrauch oder Gebrauch von Gütern Bedürfnisse befriedigen kann und will, dann ist Bildung ein Gut wie jedes andere auch. Denn Bildung macht nur Sinn vor dem Hintergrund bestimmter Bedürfnisse, Ziele und Interessen von Individuen.

Bildung hat, wie andere Güter auch, teilweise den Charakter eines Konsumgutes, teilweise den eines Investitionsgutes. Wer als Dozent manchmal die Zuhörer zum Lachen bringen kann, weiß, dass er in diesem Augenblick ein Konsumgut produziert hat.

Wer aber sieht, mit wieviel Anstrengung die Ausbildung für viele verbunden ist, der beobachtet einen Investitionsprozeß, an dessen Ende die Bildung von Humankapital steht.

Eine weitere Kritik macht sich an den Begriffen „Nutzen“ und „Kosten“ fest. „Man kann Bildung doch nicht dem blossen Nutzen-Kosten-Kalkül unterwerfen“, heisst es dort. Auch hier kann ich mich nur wiederholen: Jede Entscheidung, auch jede Entscheidung im Bildungssystem kostet etwas anderes im Sinne der oben skizzierten Alternativkosten, ob man will oder nicht.

Den Nichtökonom ist hier zu Gute zu halten, dass Kosten häufig in der Alltagssprache mit Geld gleichgesetzt werden. Das ist aber falsch. Die Verwendung von Geld bietet nur eine – sicherlich in vielen Fällen sehr effiziente – Möglichkeit, die anfallenden Kosten zu messen.

Oder anders ausgedrückt: Auch in einer geldlosen Gesellschaft, die nur von Nichtökonom bevölkert wäre, gäbe es die Notwendigkeit, Nutzen-Kosten-Überlegungen anzustellen, weil es nun mal nichts umsonst gibt.

Darüber hinaus weisen sehr viele Kritiker aus dem Bildungssystem besonders die ökonomische Hypothese des rationalen Verhaltens zurück. Sie lehnen es nach dem Motto „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“, schlichtweg ab, einen Gedanken daran zu verschwenden, dass Schüler und Lehrer, Studenten und Professoren und all die anderen Akteure, die für die Bildung und Ausbildung eine Rolle spielen, sich im Bildungssystem genauso eigeninteressiert und rational verhalten wie in anderen Bereichen der Gesellschaft, wie z.B. im Bereich der Wirtschaft.

Als Ökonom glaube ich, dass dies ein großer Fehler ist und dass wir uns viel Ärger, viel Frust und viele Mißerfolge der Bildungspolitik ersparen könnten, wenn wir einsähen, dass auch im Bildungssystem die handelnden Akteure eigeninteressiert und rational vorgehen.

### **Entscheidungsverfahren**

Weil Bildung als knappes Gut nicht wie Manna vom Himmel fällt, muß es produziert werden.

Damit stellen sich für das einzelne Individuum und für die Gesamtheit der Individuen in der Gesellschaft folgende Fragen.

1. Wieviel Bildung, in welcher Qualität, mit welchen Merkmalen, soll produziert werden? Wollen wir eher den Konsum- oder den Investitionsaspekt der Bildung in den Vordergrund stellen? Sollen wir mit unseren knappen Ressourcen mehr für die Bildung tun, oder sollen andere Güter produziert werden?

4  
Das deutsche Bildungssystem  
Probleme und Problemlösungen aus ökonomischer Sicht

2. Wie soll Bildung produziert werden? Welche Produktionsmethoden sollen dabei angewendet werden? Wer soll die Produktion übernehmen?
3. Für wen sollen die Bildungsgüter produziert werden? Wer soll von der Bildung profitieren?

Auf alle diese Fragen brauchen wir Antworten in Gestalt von Entscheidungsverfahren.

Ich will hier zwei dieser Verfahren nennen:

1. Die wettbewerbliche Marktwirtschaft
2. Den Staat bzw. politische Entscheidungsmechanismen

Wir Ökonomen widmen uns diesen Organisationsfragen in einer Gesellschaft schon von Beginn an: Seit Adam Smith gezeigt hat, dass in einer preisgesteuerten Marktwirtschaft, wie von einer „Unsichtbaren Hand“ geleitet, das Wohlergehen aller gefördert wird, obwohl alle Beteiligten eigeninteressiert und rational handeln.

Über diese „Unsichtbare Hand“ ist viel gelästert worden. Heute sehen diejenigen, die von „sich selbst organisierenden“ Systemen sprechen, in Adam Smith einen ihrer geistigen Väter. Seitdem haben wir Ökonomen eine Präferenz für diese „Unsichtbare Hand“ des Marktes und eine Abneigung gegen die „sichtbare Hand“ des Staates auf -und ausgebaut.

Wir leugnen dabei gar nicht die Mängel der real existierenden Marktwirtschaften. Theorien des Marktversagens, von Ökonomen aufgestellt, füllen mittlerweile ganze Bibliotheken.

Theorie und Praxis, und gerade die jüngste Geschichte des Zusammenbruchs staatlicher Planwirtschaften, haben uns aber in unserer Überzeugung bestärkt, dass – in Anlehnung an eine Formulierung von Churchill – das Entscheidungsverfahren „Markt“ von den schlechten das beste darstellt.

Damit sind wir aber hoffnungslos in der Minderheit. Seit Plato präferieren gerade die sogenannten Gebildeten politische Lösungen. Für uns Ökonomen dagegen löst Politik häufig keine Probleme sondern ist das Problem.

Auf jeden Fall müssen wir für Marktmechanismen sein, wenn wir folgende Ziele als positiv einschätzen:

1. Die Präferenz für individuelle Wahlfreiheit und persönliche Verantwortung
2. Die Bejahung von Innovationen und Anpassungsnotwendigkeiten
3. Die Herstellung eines engen Zusammenhangs zwischen Leistung und Gegenleistung, zwischen Nutzen und Kosten
4. Die Herstellung eines nachfragerorientierten Systems nach dem Motto „Der Kunde ist König“
5. Ein vielfältiges, differenziertes Güterangebot.
6. Eine möglichst hohe Effizienz in der Produktion von Gütern

Wenn diese Ziele auch für das Bildungssystem gültig sein sollen, dann stellt sich die Frage, wie weit entfernt die Situation in unserem Bildungssystem von einem wettbewerblichen Markt ist.

## Die Schulen

Werfen wir also einen Blick auf die Schule und dort auf die Nachfrage nach den Bildungsgütern, die in der Schule -auch mit Hilfe der Schüler - produziert werden. In dieser Schule ist von Wahlfreiheit nicht viel zu sehen. In einer Gesellschaft, in der Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung einen so hohen Rang einnehmen, werden die Menschen eines bestimmten Alters gezwungen, viele Jahre ihres Lebens auf der Schulbank Platz zu nehmen. Aber nicht nur das. Sie werden auch verpflichtet, in diesen Schuljahren das Jahr, den Tag und auch die Stunde in dem Muster zu verbringen, das ihnen die Schule vorschreibt. Sie müssen in dieser Zeit die Bildungsinhalte nach den Verfahren konsumieren und auch investieren, die von der Schule vorgegeben sind.

In einer Gesellschaft, in der schon die kleinsten Kinder mit Zustimmung ihrer Eltern ihre Konsum- und andere Freiheiten exzessiv ausleben können, ist die Schule als Zwangssystem somit ein Fremdkörper.

Da Schulzwang und sogar die Zwangsschule vorgegeben sind, gibt es eine mehr oder weniger grosse Diskrepanz zwischen dem, was die Schule anbietet und dem, was die Schüler und ihre Eltern bereit und in der Lage sind, nachzufragen. Was für die einen ein Gut ist, stellt für die anderen ein Übel dar. Das erzeugt in großer Masse Unzufriedenheit nicht nur bei den Schülern und Eltern.

Da diese Unzufriedenheit sich nur unzureichend durch Abwanderung ein Ventil schaffen kann, bleiben nur die verschiedenen Formen des Widerspruchs übrig: von den eher harmlosen bis hin zu den mehr oder weniger kriminellen Formen, die heute die Schlagzeilen in den öffentlichen Medien bestimmen.

Hinzu kommt, dass wir heute in einer im weiteren Sinne multikulturellen Gesellschaft leben. In dieser Gesellschaft stehen die Schulen hilflos vor solchen Fragen wie:

- Kruzifix, ja oder nein?
- Darf eine Lehrerin ein Kopftuch tragen?
- Müssen islamische Mädchen am Sportunterricht teilnehmen?

Meinen wir wirklich, diese Zwangsbeschulung dadurch aufrecht erhalten zu können, dass wir jeder Schule einen Sozialpädagogen, einen Psychologen, einen Kriminologen, einen Polizisten oder auch einen Experten aller Kulturen dieser Welt zuordnen?

Für mich als Ökonomen liegt eine andere Lösung auf der Hand: Wenn man nicht mehr in der Lage ist, die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Schüler und ihrer Eltern auf die einheitliche Linie der Zwangsschule zurecht zu trimmen, dann muss man die andere Option wahrnehmen. Und die heisst: Differenzierung der Schule nach den unterschiedlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten der Schüler und ihrer Eltern. Abwanderung muss dabei erlaubt sein!

Warum können Schulen nicht damit werben, dass bei ihnen

- Zwei Kruzifixe in jedem Raum hängen oder gar keins
- Kopftücher gerne gesehen werden
- Islamische Mädchen nicht am Sportunterricht teilnehmen müssen
- Auf dem Schulhof keine Schlägereien stattfinden
- Eine Orientierungsstufe besteht oder nicht besteht
- Die Schulzeiten kürzer aber auch länger sind als normal?

Natürlich wäre das der Abschied von der Idee einer einheitlichen Schulbildung, von der Vereinheitlichung der Individuen in einer Gesellschaft durch die Schule. Selbstverständlich wäre das eine Horrorstellung für alle diejenigen, die in der Individualität des Menschen die Wurzel allen Übels sehen.

### **Die Hochschulen**

Werfen wir nun einen Blick auf unser Hochschulsystem. Einem Ökonomen fällt dabei sofort auf, dass das Gut Hochschulbildung den Nachfragern zum Nulltarif zur Verfügung gestellt wird. Daraus folgt eine Prognose, die zu den treffsichersten der Ökonomie gehört: Nulltarife für ein Gut führen immer und überall zu einer enorm hohen Nachfrage nach diesem Gut. Es werden Nachfrager angelockt, die weder in der Lage sind noch bei einem positiven Preis willens wären, dieses Gut nachzufragen. Das gilt für Freibier und freie Umweltgüter genauso wie für Hochschulbildung zum Preis Null.

Zum Preis Null braucht nämlich der Nutzen für den Einzelnen logischerweise nicht sehr hoch zu sein, um ihm einen Anreiz zu schaffen, dieses Gut zu konsumieren. Ökonomen überrascht es deswegen nicht, dass die Zahl der Studenten in den vergangenen Jahrzehnten geradezu explodiert ist, die Studiendauer immer länger geworden ist und die deutschen Studenten im Durchschnitt zu den ältesten der Welt gehören.

Welche Alternative zum Studium hätte auch für jemanden, der die Voraussetzungen für ein Studium erfüllt, einen höheren Nutzen? Wer eben kann, studiert, zumal jeder weiss, dass ein Hochschulstudium überhaupt erst die Voraussetzung dafür bietet, in bestimmte Berufe hineinzukommen und ein überdurchschnittliches Einkommen zu erzielen.

So rational es aber für den einzelnen ist, zu studieren, so gerät derjenige, der diesen Anreizen nicht widerstehen kann, in eine Rationalitätenfalle, wenn die anderen – was zu erwarten ist – das Gleiche tun. Denn der größte Teil derjenigen, die ihr Studium nur begonnen haben, um ihre relative Position in der gesellschaftlichen Einkommenshierarchie zu verbessern, muß enttäuscht werden.

Ausgestattet mit den Weihen akademischer Titel verrichten sie nach dem Studium Tätigkeiten, die ihre Vorgänger auch ohne Diplom meisterten. Denn die bestbezahlten 10 oder auch 20 Prozent aller Jobs können immer nur 10 oder 20 Prozent aller Gesellschaftsmitglieder bekleiden. Wenn sich in einem Fußballstadion alle von ihren Sitzen erheben, sieht letztlich niemand besser. Wenn jeder ein Diplom vorweisen kann, dann ist das im Kampf um gesellschaftliche Positionen genau so gut, als hätte keiner einen akademischen Abschluss.

Darum benötigen ja mittlerweile die Studienabsolventen, die sich über den Durchschnitt erheben wollen, immer mehr zusätzliche Qualifikationen: Praktika, Auslandssemester, Fremdsprachen, Aufbaustudien, Promotionen u.s.w.. Wenn aber alle diese Qualifikationen haben, dann dreht sich die Spirale weiter und weiter.

Dieses durch den politischen Nulltarif für die Hochschulnutzer verursachte Hase- und Igel-Rennen schädigt aber nicht nur die Studenten selbst sondern auch die anderen, die nicht studiert haben. So gibt es einen Verdrängungswettbewerb von oben nach unten, und den letzten beißen bekanntlich die Hunde.

Ein solcher Nulltarif hat aber auch Auswirkungen auf das Angebot an Hochschulbildung. Wenn der Staat nicht willens und in der Lage ist, die von ihm selbst produzierte Studentenexpansion mit den

dafür notwendigen Angebotskapazitäten zu versorgen, kommt es zu Nachfrageüberschüssen, zur Überfüllung, zu Angebotsengpässen: räumlich, sachlich, zeitlich und personell.

Dann müssen andere Rationierungsmechanismen die Rolle des Preises übernehmen. Nur so sind solche Massnahmen wie Numerus Klausus, Kapazitätsverordnungen und Regelstudienzeiten zu erklären.

Dort aber, wo der Staat verstärkt Kapazitäten aufbaut, kann es auch passieren, dass Überkapazitäten entstehen. Überfüllung auf der einen, Überkapazitäten auf der anderen Seite: nicht gerade eine Situation, die zur Zufriedenheit Anlass gibt.

Was ist also zu tun? Da das Konzept der traditionellen Hochschule als staatliche Monopoleinrichtung dringend einer Reform bedarf, müssen Alternativen her.

In den Augen eines Ökonomen wäre aus den oben skizzierten Gründen ohne Zweifel ein marktwirtschaftlich organisiertes, durch Preissignale gesteuertes, privatwirtschaftliches Hochschulsystem die beste Alternative.

Wem diese Alternative zu revolutionär erscheint, dem kann ich als Ökonom folgende zweitbeste Lösung ans Herz legen: Öffnung des Marktes für Hochschulbildung für alle, die zu den gleichen Bedingungen als Anbieter auftreten wollen, also mehr Wettbewerb.

Dafür müssen sicherlich die staatlichen Hochschulen erst einmal wettbewerbsfähig gemacht werden.

Warum soll es darüber hinaus aber nicht möglich sein, dass andere Träger wie die Gewerkschaften, Kirchen, Arbeitgeberverbände, Stiftungen, aber selbstverständlich auch Privatunternehmer in stärkerem Maße als bisher, als Anbieter auf diesem Markt - auch in und an den bestehenden Hochschulen - auftauchen?

Damit würde auch hier im Hochschulsystem der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren die entscheidende Rolle spielen.

Es ist ein unausrottbarer Irrtum, dass man am Reißbrett mit noch so viel Expertenwissen die gute Hochschule entwickeln könnte, um diese dann flächendeckend in der Praxis durchzupauken. Dies ist eine weitere konstruktivistische Variante der „Anmassung von Wissen“ derjenigen da oben, die man nach dem jämmerlichen Zusammenbruch der sozialistischen Plansysteme eigentlich zu den Akten gelegt haben müßte.

Auch hier im Hochschulbereich weiß niemand ex -ante, was eine gute Hochschule ist. Die gute Hochschule bzw. eine Fülle von Varianten steht nicht am Anfang sondern am Ende eines wettbewerblichen Evolutionsprozesses, dessen Ergebnis heute niemand voraussehen kann.

Auch aktuelle Bestrebungen, Wettbewerb, Innovation, Effektivität und Effizienz per Erlass von oben befehlen zu können, müssen deshalb mit großer Skepsis aufgenommen werden. Die heutige staatliche Hochschule ist z.B. kein wirtschaftliches Unternehmen. Man kann sie nicht einfach als ein solches ansehen und es von oben dazu zwingen, per Knopfdruck ein innovatives, differenziertes, nachfrageorientiertes Produkt auf den Bildungsmarkt zu bringen. Das geben die hier herrschenden politischen Spielregeln mit den dazu passenden Strukturen nicht her und – ich will mich gerne wiederholen – dieses Produkt kennt auch niemand. Es muß ja erst durch den wettbewerblichen Prozeß entwickelt werden.

### **Die berufliche Bildung**

Schauen wir uns nun last not least das System der beruflichen Bildung an. Dieses System hat im Gegensatz zu den staatlichen Schulen und Hochschulen auch heute noch einige Merkmale eines privatwirtschaftlich organisierten Marktsystems aufzuweisen. Denn die berufliche Bildung obliegt ja bekanntermassen immer noch vorwiegend den privaten Unternehmen als Anbietern zumindest des praktischen Teils der Ausbildung.

Dieses duale System war schon seit Ende der 60-er Jahre immer wieder Zielscheibe der Kritik und das Ziel von Reformen. In der jüngsten Vergangenheit und in der Gegenwart wird ein Nachfrageüberschuss nach Ausbildungsplätzen bzw. eine Ausbildungsplatzlücke beklagt, wenn sich auch die Experten über die Höhe dieser Lücke nicht einig sind.

Da die bestehende Ausbildungsplatzlücke darauf zurückgeführt werden kann, dass die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze rückläufig ist, muss dies seine Ursache in den Nutzen-Kosten-Überlegungen der Unternehmen haben. Offenbar sind die Kosten, die durch das Angebot an Ausbildungsplätzen entstehen, in den Augen der Unternehmen höher als der Nutzen, den sie sich aus der Beschäftigung von Lehrlingen versprechen.

Mit anderen Worten: Lehrlinge sind für das, was sie leisten, unter den herrschenden Bedingungen zu teuer. Dies gilt anscheinend weniger für das Handwerk als für die Industrie, vor allem aber für bestimmte Dienstleistungsbranchen.

Wenn der Markt für berufliche Bildung aber ein wettbewerblicher Markt wäre, dann liefen hier Anpassungsprozesse auf beiden Seiten des Marktes ab, die schliesslich die Ausbildungsplatzlücke schliessen und zu einem Gleichgewicht führen würden.

Aber auch auf diesem Markt ist der Trend zu einer Politisierung nicht zu übersehen.

Diese politischen Interventionen haben dazu geführt, dass Anpassungsbereitschaft und Anpassungsfähigkeit auf beiden Marktseiten immer weiter zurückgegangen sind.

So ist bei den Unternehmen teilweise eine Trittbrettfahrermentalität entstanden nach dem Motto „Berufliche Bildung ist gut, aber ausbilden sollen gefälligst die anderen“. Vor diesem Hintergrund zeigt sich der Pferdefuss solcher Programme wie des „Sofortprogramms der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit“. Die Bereitschaft privater Unternehmen, Ausbildungsplätze einzurichten, wird keineswegs gestärkt, wenn sie sich darauf verlassen können, dass der Staat mit ausserbetrieblicher Ausbildung in die Bresche springt. Solche Massnahmen vergrößern also auf lange Sicht die Defizite, auf deren kurzfristige Beseitigung sie abzielen.

Auf der anderen Marktseite sind ähnliche Entwicklungen zu beobachten. Man kann den Eindruck gewinnen, dass man dem Jugendlichen durch politische Interventionen die Auffassung austreiben will, dass er letzten Endes selbst für seine Ausbildung verantwortlich ist und auch die Folgen von Fehlentscheidungen selbst tragen muss.

Der Auszubildende fühlt sich offenbar mittlerweile eher als Objekt sicherlich gutgemeinter politischer Bemühungen, die er manchmal nur widerwillig über sich ergehen lässt. Nicht umsonst spielen im Rahmen des Sofortprogramms Massnahmen zur Förderung der Motivation von Jugendlichen eine nicht unwesentliche Rolle. Sind wir auch hier schon so weit gekommen, dass wir den „Hund zum Jagen tragen müssen“?



Wir stehen auch hier an einem Scheideweg: Zur Logik des politischen Interventionismus gehört es, dass man die selbstverschuldete schlechte Lage durch weitere Interventionen verschlimmern muss. Wer kennt nicht den immer lauter werdenden Ruf nach Zwangsumlagen, nach weiteren staatlichen Regulierungen und Subventionen für Anbieter und Nachfrager auf dem Markt für berufliche Bildung. Die ökonomische Alternative wäre: Deregulierung, Abbau der politischen Interventionen und Rückkehr zu einem wettbewerblichen Markt für berufliche Bildung.

Im Augenblick sehe ich für diese Alternative allerdings keine günstigen Bedingungen.

Für Sie sieht die Lage günstiger aus. Denn ich bin am Ende meines Vortrags angelangt.

Ich würde mich freuen, wenn ich in meinem Vortrag das eine oder andere Nachdenkenswertes gesagt habe und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.